

## **„Die katholischen Könige sollen zurückkehren!“ Die Konflikte um die muslimische Präsenz in Katalonien**

### **1. Einführung**

Wollte ein Wissenschaftler die Geschichte der heutigen muslimischen Präsenz in Spanien untersuchen und dazu auf Zeitungsarchive zurückgreifen, könnte er zu dem Schluss kommen, dass diese Präsenz zumindest seit 2000 einen konfliktreichen Weg durchlaufen hat. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Muslime in Spanien an Auseinandersetzungen beteiligt waren, die in den Medien für Schlagzeilen sorgten. Fraglich ist jedoch, ob man die Geschichte der muslimischen Präsenz auf diese Konflikte reduzieren kann. Täte man dieses, würde man einer kritischen Auseinandersetzung mit der Frage ausweichen, warum diese Konflikte gerade jetzt zum Thema geworden sind, obwohl die ersten muslimischen Gebetsstätten schon in den 1970er Jahren entstanden. Ebenso wenig würde die Beteiligung der verschiedenen Akteure an diesem Prozess geklärt (auch wenn es nicht um die jeweiligen Verantwortlichkeiten gehen soll, sondern vielmehr um die Bewertung ihrer Strategien und Haltungen). Um die tiefer liegenden Ursachen solcher Konflikte zu verstehen, darf die Analyse nicht bei den offenkundigen Tatsachen stehen bleiben, sondern muss auch die sozialen Realitäten jenseits der Konflikte mit einbeziehen. Aus diesem Grund werde ich mich in diesem Text auf die Untersuchung zweier verschiedener Problematiken im katalonischen Kontext konzentrieren. Bei der einen handelt es sich um einen offenen Streit (um den Standort muslimischer Gebetsstätten), bei der anderen um ein so genanntes

---

\* Jordi Moreras ist Anthropologe, Mitglied der GRAFO (Grup de Recerca en Antropologia Fonamental i Orientada) – Fakultät für Sozialanthropologie an der Universität Autònoma in Barcelona und Forschungsstipendiat im Büro für religiöse Angelegenheiten der Generalitat de Catalunya. Sein Forschungsschwerpunkt liegt bei den muslimischen Gemeinschaften in Spanien und Katalonien, speziell aus Marokko. Er ist Verfasser des Buches *Musulmanes en Barcelona: espacis y dinàmicas comunitaries* (CIDOB Edicions, 1999).

„Konfliktpotential“ (das Tragen von Kopftüchern bei einem Teil der islamischen Schülerinnen). Wir werden die verschiedenen Interpretationen von Akteuren und Institutionen der katalanischen Gesellschaft ebenso untersuchen wie die der muslimischen Gemeinschaften. Dies soll uns dabei helfen herauszufinden, wie die Erstgenannten die Ansiedlung dieser neuen Bevölkerungsgruppen aufnehmen und was Letztere unternehmen, um in die Gesellschaft integriert zu werden, aber um gleichzeitig auch ihre eigenen Gemeinschaftsstrukturen aufzubauen.<sup>1</sup> Der Rückgriff auf symbolische Aspekte, seien es althergebrachte oder neu formulierte, nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Das empirische Material, das der Ausarbeitung dieses Textes zugrunde lag, basiert zum einen auf Dokumentenanalysen in Pressearchiven und zum anderen auf meiner Studie über lokalpolitische Reaktionen auf die islamische Präsenz (Moscheen). Darüber hinaus liegen ihm Schlussfolgerungen meines Fortbildungsprogramms „Islam und lokaler Raum“ („Islam y àmbito local“) zugrunde, das ich zwischen März 2001 und Dezember 2002 in verschiedenen katalonischen Gemeinden durchführte. Das Programm war an Verwaltungsbeamte und Lehrer adressiert.

<sup>2</sup> Die provokative Überschrift dieses Artikels „Die katholischen Könige sollen zurückkehren!“ bezieht sich auf eine Parole während einer Demonstration gegen den geplanten Bau einer Moschee, die am 18. Mai 2000 in Premià de Mar (einer Ortschaft an der Küste nahe Barcelona) stattfand. An dieser Demonstration beteiligten sich circa 1.500 Bewohner des Ortsteiles, in dem die neue Moschee gebaut werden sollte. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Gruppen der extremen Rechten, die politischen Nutzen aus dem Widerstand gegen die Eröffnung der Gebetsstätte zogen. Die Parole hat einen hohen symbolischen Gehalt, da sie an den Höhepunkt der Reconquista auf der iberischen Halbinsel durch das Königspaar Isabella und Ferdinand erinnert, wie auch an den Beginn der Vertreibung der muslimischen Bevölkerung, vor allem nach dem Fall von Granada im Jahr 1492 (auch heute noch ein Festtag, der jedes Jahr am 2. Januar mit Vertretern aus Verwaltung, Militär und Kirche gefeiert wird, obwohl bereits 1995 eine größere Gruppe intellektueller ein Manifest unterzeichnet hat, in dem sie fordern, die Bedeutung dieser Feierlichkeit anders zu definieren). In der offiziellen Geschichtsschreibung gelten die Katholischen Könige als die Gründer des modernen spanischen Staates; es erscheint allerdings paradox, dass die spanische Regierung fünf Jahrhunderte später ausgerechnet diesen so symbolischen Jahrestag gewählt hat, um den Islam offiziell als Religion mit „tiefer Verwurzelung“ in Spanien anzuerkennen.

## 2. Sich verstärkende Wahrnehmungen: Vom Immigranten zum Muslim

In den letzten zehn Jahren scheint sich die spanische Gesellschaft voll und ganz in eine Zuwanderungsgesellschaft gewandelt zu haben. Als wichtigstes Argument dafür werden die Zahlen über diese Zuwanderung herangezogen (seit zwei Jahren wird auf das erhebliche Anwachsen der ausländischen Bevölkerung hingewiesen<sup>3</sup>). Es sollte aber auch berücksichtigt werden, dass die dauerhafte Ansiedlung dieser Bevölkerungsgruppe wie auch ihre Beiträge, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in demografischer und sozialer Hinsicht, Fragen aufwirft, mit denen sich die spanische Gesellschaft, wie auch andere Gesellschaften mit wesentlich längeren Erfahrungen in Zuwanderungsfragen, zunehmend konfrontiert sehen. Die soziale (und politische) Debatte im Zuge des Wandels der spanischen Gesellschaft hin zu einer immer stärkeren Multikulturalität ist dabei eher von Reaktionen als von Initiativen geprägt, wozu nicht zuletzt die von der spanischen Regierung seit 1996 entwickelte restriktive Zuwanderungspolitik wesentlich beiträgt.

Wird Zuwanderung nicht mehr nur unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gesehen, sondern auch in ihrer sozialen Bedeutung, so verschiebt sich die Debatte über die Integration zunehmend vom Sozialen hin zum Kulturellen. Die kulturelle Herkunft wird als Schlüssel für eine einfache oder schwierigere Integration bewertet, und ein ganzer Katalog von Inkompatibilitäten bei den verschiedenen Gruppen teilt diese in mehr oder eher weniger „integrierbare“ ein. Aus dieser scheinbar unumstößlichen und unüberwindbaren Logik der „kulturellen Unvereinbarkeiten“, die sowohl von der öffentlichen Meinung als auch bei Entscheidungen öffentlicher Verwaltungen kritiklos übernommen wird, wurde eine gängige Argumentation, die zum Entstehen von Vorurteilen und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Stigmatisierung dieser Gruppen beigetragen hat.

<sup>3</sup> Offizielle Daten zeigen, dass zum Jahresende 2002 die ausländische Bevölkerung 1.572.017 gemeldete Personen umfasste, im Vergleich zu 1.109.060 im Vorjahr. Dies bedeutet eine Zunahme um 41,7%, womit die ausländische Bevölkerung nun einen Anteil von 3,75% an der Gesamtbevölkerung erreicht. Nach Zahlen aus dem Jahr 2001 kommen 43,2% der gesamten in Katalonien ansässigen ausländischen Bevölkerung aus Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung, im Gegensatz zu durchschnittlich 27,3% in ganz Spanien.

Ein weiteres Argument für die „Nichtintegrierbarkeit“ bestimmter Gruppen ist seit mehreren Jahren der religiöse Faktor; vor allem der Islam scheint eine zunehmende soziale Ablehnung hervorzurufen. Das Stereotyp, das die Ablehnung der spanischen Gesellschaft am deutlichsten verkörpert, steht in Verbindung mit der Verwendung des historischen Begriffs „moro“ (Maure) für die marokkanische Bevölkerungsgruppe. In einer weiteren Phase der Verstärkung negativer Vorurteile gesellt sich zur Definition einer Gruppe der religiöse Faktor, so dass diese in erster Linie als durch ihren Glauben und ihre Religionsausübung bestimmt wahrgenommen wird. In dieser Wahrnehmung werden Menschen zu „zwanghaften und irrationalen Gläubigen“. Ein neues Bild, das des Muslim, vervollständigt den Reigen von Stereotypen, die bei Teilen der spanischen Bevölkerung Misstrauen und Unbehagen hervorrufen.<sup>4</sup>

### 2.1. Von einer religiösen Minderheit zum Glaubensbekenntnis im Dienste der Zuwanderer

Die spanische Gesellschaft begreift die heutige islamische Präsenz als bloße Folge der Zuwanderung, und die sozialen und politischen Diskussionen über diese Präsenz drehen sich hartnäckig um die Idee der Integration, verstanden als Synonym für die kulturelle Assimilation. Paradoxerweise erkennt die spanische Regierung seit 1989 (und vor allem seit 1992, mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit der Islamischen Kommission in Spanien<sup>5</sup>) den Islam als eine stark verwurzelte Konfession an, und damit de facto als eine religiöse Minderheit in Spanien, von der keine „Integration“ erwartet, sondern die vielmehr als integraler Bestandteil der spanischen Gesellschaft eingestuft wird. Doch scheint die Anerkennung der religiösen Vielfalt seitens der heutigen spanischen Regierung fraglich, da diese schon 1998 in dem von der Hauptabteilung für religiöse Angelegenheiten beim Justizministerium herausgegebenen *Führer über religiöse Gemeinschaften in Spanien* feststellte: „Der

<sup>4</sup> Das Zentrum für soziologische Studien erstellte im Mai 2003 ein Meinungsbarometer, dem zufolge die Befragten der nordafrikanischen Gruppe die geringsten Sympathien entgegenbrachten. Über das Zutagetreten islamfeindlicher Haltungen in der spanischen Gesellschaft siehe auch FIMAM (2002).

<sup>5</sup> Zum Inhalt und zur geringen Anwendung dieses Kooperationsvertrages siehe Moreiras (2002).

Islam wird zum größten Minderheitenglauben in Spanien, auch wenn es sich um einen Glauben im ‚Dienst‘ der Zuwanderer handelt.“ (S. 56). Und in der neuesten Debatte um die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes im öffentlichen Schulwesen als akademische Disziplin befand die Bildungsministerin, dass der islamische und jüdische Religionsunterricht „vor allem darauf ausgerichtet sein muss, den zugewanderten Schülern die bestmögliche Eingliederung in das Bildungssystem zu ermöglichen“ (*El País* vom 28.6.2003).

Die Einbeziehung des religiösen Faktors in die Diskussion um die Eingliederung der Zuwanderer versetzt uns unmittelbar in den Bereich der als selbstverständlich vorausgesetzten Bedingungen für diese Integration. Hier wird die einseitige Sichtweise dieses Prozesses klar, in dem die gesamte Verantwortung für die Integration der Zuwanderer aufgebürdet wird und nicht dem sozialen Umfeld, das sie aufnimmt.<sup>6</sup> Doch am interessantesten ist, dass dadurch auch die Vorstellungen der heutigen spanischen Regierung über die Nation ans Licht kommen. Voraussetzungen für die Erlangung der Staatsbürgerschaft, die hier ausschließlich als Einbürgerung verstanden wird, sind für die Zuwanderer entsprechende Sprachkenntnisse, Herkunft aus einem kulturell ähnlichen Gebiet (möglichst mit geschichtlichen Verbindungen), gleiche phänotypische Merkmale oder Zugehörigkeit zu einer christlichen Religion (vor allem dem Katholizismus). Es ist daher klar, dass die islamische Präsenz in Spanien bei den Vertretern dieses Integrationsmodells Reaktionen hervorruft. Denn unterschwellig sind sie davon überzeugt, dass der Islam nicht mehr als eine „fremde Religion“ ist, eine Religion von Ausländern, die sich nur schwer in die spanische oder katalanische Gesellschaft integrieren lässt, weil ihre Werte und Prinzipien vollkommen anders sind.

---

<sup>6</sup> In einer 2001 vom Europäischen Institut für den Mittelmeerraum durchgeführten Befragung der katalanischen Bevölkerung über ihre Werte zeigte sich, dass 63% der Befragten (im Vergleich zu 32% in ganz Spanien) der Meinung waren, die Zuwanderer sollten ihre Gebräuche ablegen und durch die im Aufnahmeland verbreiteten ersetzen (Andrés Orizo-Roqué 2001).

## 2.2. Mediale Sichtbarkeit und gesellschaftliche Unsichtbarkeit

Die Wahrnehmungen, die die heutige muslimische Präsenz hervorruft, basieren auf folgendem Kontrast: Einerseits kann festgestellt werden, dass diese Präsenz im öffentlichen Raum kaum sichtbar ist, was das Ergebnis einer eindeutigen Strategie des Verbergens und der Zurückhaltung seitens der muslimischen Gemeinschaften ist, um so in einem sozialen Umfeld, das dieser Präsenz nicht sehr positiv gegenübersteht, möglichst nicht aufzufallen. Andererseits löst diese Präsenz sowohl in den Medien als auch auf Verwaltungsebene ein zunehmendes Interesse aus, als Antwort auf eine Realität, deren innere Dynamik noch unbekannt ist, wobei nur die sichtbarer Erscheinungen Beachtung finden. Einer ständigen medialen Sichtbarkeit steht eine klare gesellschaftliche Unsichtbarkeit gegenüber. Das beste Beispiel dafür bieten die muslimischen Gebetsstätten: Trotz einer geschätzten Anzahl von 350-400 sind sie praktisch unsichtbar, im öffentlichen Raum nicht präsent und verfügen über keinerlei Elemente, die zur Identifizierung ihrer Funktion führen könnten (keine Minarette, keine einzeln stehenden Gebäude, viele sind nirgends offiziell registriert, und es gibt keine von außen sichtbaren Hinweisschilder). Nur die fünf großen muslimischen Zentren in Madrid (zwei), Marbella, Valencia und Granada – neben denen in Ceuta und Melilla –, sowie die circa zehn geplanten Projekte, unter anderem in Barcelona und Malaga, stehen im Gegensatz zu der zurückhaltenden Präsenz dieser muslimischen Basisgemeinden im Alltagsleben.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Es muss eine Unterscheidung gemacht werden zwischen *sozialer Sichtbarkeit* und *Sichtbarmachung*. Die soziale Sichtbarkeit ist Ergebnis eines Eingliederungsprozesses von Gruppierungen in das Alltagsleben einer Gesellschaft. Sie ist das grundlegende Merkmal einer öffentlichen Präsenz, die sich aus einem bestimmten sozialen Umfeld heraushebt. Dies ist nicht unbedingt angestrebtes Ziel der Gruppe, sondern wird von außen gesteuert, dadurch, dass ihr bestimmte Praktiken, Verhaltensweisen oder Kleidungsgewohnheiten zugeordnet werden. Die Sichtbarmachung ihrerseits ist Teil einer Strategie der Identitätsfindung, bei der dieselben Komponenten, die dem Kollektiv als Identitätsmerkmale von außen zugeordnet werden, nun in einem bestimmten sozialen Umfeld bewusst eingesetzt und sichtbar gemacht werden. Im spanischen und katalanischen Kontext werden diese Strategien der Sichtbarmachung vor allem von islamischen Vereinigungen angewandt, die allerdings wenig mit der Realität der muslimischen Basisgemeinden zu tun haben. Ihr Ziel ist die rechtliche und soziale Anerkennung der muslimischen Präsenz. Siehe dazu Moreras (1999).

Diese gesellschaftliche Unsichtbarkeit findet ihren Ausdruck auch in der fehlenden Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppen in Bereichen des öffentlichen Lebens. Einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung zufolge, in der 15 Gemeinden in der Provinz Barcelona über ihre politischen Antworten auf die islamische Präsenz befragt wurden (Morera 2003), kommt man zu dem Schluss, dass auf Gemeindeebene eine Partizipation dieser Gruppen praktisch kaum in Betracht gezogen wird. Und wenn es doch einmal zur Partizipation der Zuwanderer kommt und diese kulturelle oder religiöse Belange zur Sprache bringen, dann löst dies bei den Gemeindeverwaltungen ein gewisses Unbehagen aus. Aus diesem Grund bleiben diese Gruppen am Rande der örtlichen politischen Belange. Ihre Teilnahme ist in der Regel nur punktuell und wird von externen Kriterien bestimmt. Die Beschränkung des Zugangs bestimmter Gruppen zur politischen Debatte impliziert ihren Ausschluss aus dem politischen Leben.

### 3. Standorte muslimischer Gebetsstätten

Seit dem Jahr 2002 haben die Auseinandersetzungen um die Eröffnung muslimischer Gebetsstätten in Katalonien eine besondere Öffentlichkeitswirksamkeit erlangt. Nicht alle der circa 140 Gebetsstätten in Katalonien sind davon betroffen. Vielmehr scheinen die Auseinandersetzungen zu entstehen, wenn die örtliche muslimische Gemeinde den Wunsch äußert, eine Gebetsstätte wieder zu eröffnen oder eine neue zu gründen, oder wenn eine bereits existierende durch eine neue, größere, besser ausgestattete ersetzt werden soll, das heißt, in dem Augenblick, in dem die soziale Unsichtbarkeit durchbrochen wird, die diese Gemeindeeinrichtungen schützt, und sie im öffentlichen Raum sichtbar werden. Hier zeigt sich eine schwerwiegende Fehlfunktion des Eingliederungsprozesses für Zuwanderer in diese Gesellschaft. Obwohl Integration als soziale Partizipation verstanden wird, fördert der reale Eingliederungsprozess implizit eine Integration, die auf Unauffälligkeit und sozialer Unsichtbarkeit beruht.

Qualitativ muss eine Eskalation der Auseinandersetzungen verzeichnet werden, nicht nur, weil es in einigen Fällen verstärkt zur physischen oder symbolischen Gewaltanwendung gekommen ist (von fremdenfeindlichen Wandschmierereien bis zu Brandstiftung),

sondern weil diese Aktionen nicht mehr nur von kleinen radikalen Gruppen getragen werden. Mittlerweile gibt es Bürgerinitiativen, die andere Formen sozialen Drucks auf die Gemeindeverwaltungen ausüben. Diese wiederum reagieren besorgt, zum einen weil sie einen sozialen Bruch befürchten, zum anderen aber auch wegen der möglichen politischen Konsequenzen, die sich aus den Konflikten ergeben können. Darüber hinaus müssen sie sich relativ neuen Fragenkomplexen stellen wie z.B. den Beziehungen zu den religiösen Minderheiten, für die sich Kommunalverwaltungen in Katalonien bisher nicht zuständig fühlten. Da diese Fragen bisher nicht auf ihrer politischen Tagesordnung standen, wird die vorsichtige Reaktion der betroffenen örtlichen Verwaltungen verständlich.

Die Akteure in diesen Konflikten auszumachen ist oft schwierig, da ihr Verhalten häufig widersprüchlich und diffus ist. Bei den Auseinandersetzungen um die Eröffnung von Gebetsstätten bilden sich drei Fronten; auf einer Seite die direkt betroffenen muslimischen Gemeinden, auf der anderen Gruppierungen wie Bürgerinitiativen als direkte Gegner und als dritte die örtlichen Kommunalverwaltungen und der Gemeinderat, die von den beiden anderen Parteien angerufen werden. Die folgende Auflistung ist ein Versuch, die Vielfalt der an diesem Prozess aktiv Beteiligten herauszuarbeiten.

- *Urheber von Bürgerbeschwerden.* Einzelpersonen oder Gruppen, die durch die Eröffnung einer muslimischen Gebetsstätte ihre Interessen in Gefahr sehen, stiften die Bürger zu Beschwerden an, indem sie intensiv Gerüchte in Umlauf bringen. In den meisten Fällen sind die Beschwerden nicht klar umrissen, doch oft verstecken sich dahinter Wirtschafts- und Immobilieninteressen sowie politische und soziale Gründe.
- *Ad-hoc-Plattformen.* Beschwerden von Bürgern gegen muslimische Zentren in den Gemeinden organisieren sich häufig auf so genannten ad-hoc-Plattformen als ein erster Schritt bei der Organisation des Widerstandes. Angeführt werden sie meist von einer diffusen Gruppe, während sich die eigentlichen Anstifter im Hintergrund halten. Über diese Plattformen findet die Gemeindeverwaltung in einem ersten Schritt Kontakt zu den Vertretern dieser Bürgerproteste, um über Verhandlungen zu einer Konfliktlösung zu gelangen.
- *Bürgerzusammenschlüsse und andere soziale Strukturen.* Die Vertreter der Bürgerinitiativen finden sich bei diesen Auseinandersetzungen in einer Doppelrolle wieder: einerseits in Bezug auf

ihre Führungsfunktion, in der sie oft von der Dynamik der Proteste, die sie bisweilen nicht mehr beherrschen, überfordert werden, andererseits in der eigentlichen Haltung angesichts der Gebetsstätten. In den Gemeinden mit einer langjährigen Tradition sozialer Bewegungen schalten sich Bürgerzusammenschlüsse in Protestaktionen ein und fordern von den Gemeinden eine klare Stellungnahme zu diesem Problem.

- *Muslimische Repräsentanten.* Auch die muslimischen Vertreter sind von dieser Dynamik, die sie keinesfalls gewollt haben, oft überfordert. Sie haben sich gegenüber ihrer Gemeinde verpflichtet, nach neuen Standorten für eine Moschee zu suchen und sich um deren Eröffnung zu bemühen; dazu haben sie von der Gemeinde finanzielle Unterstützung erhalten und sehen nun ihre Arbeit durch die Auseinandersetzungen gefährdet. Vermehrte Kontakte zu den Vertretern der Bürgerinitiativen und den Stadtverwaltungen auf der Suche nach einer möglichen Alternative sind ein erster Schritt hin zu einem gegenseitigen, wenn auch zaghaften Vertrauen. In manchen Fällen sind die Gruppen der Beteiligten in sich jedoch sehr heterogen und nur gering organisiert, was den Verlauf der Verhandlungen erschwert.
- *Kommunalverwaltungen.* Ausgehend von ihrem Wunsch, zu einem Dialog und einer Einigung zwischen den Beteiligten zu gelangen, bewerten sie die Auswirkungen ihrer Entscheidungen. Ein sozialer Bruch und neue Spannungen sollen vermieden werden, wodurch die Auseinandersetzung innerhalb der Hierarchie in der Kommunalverwaltung einen hohen politischen Stellenwert erlangt und in der Umgebung des Bürgermeisters angesiedelt ist. Das Thema wird auf die politische Tagesordnung der Gemeinde gesetzt und es wird versucht, eine mögliche Alternative für einen dauerhaften Standort für eine solche Einrichtung zu finden. Die Suche danach stellt die politischen Koalitionen, die die Gemeinden regieren, oft vor eine Zerreißprobe; und es haben sich schon erste Risse in solchen Koalitionen gezeigt.
- *Politische Opposition.* Ein weiterer wichtiger Faktor bei Konflikten dieser Art ist der mögliche politische Nutzen, den sie mit sich bringen können, indem das Handeln der lokalen Regierung unterminiert wird. Meistens haben zwar die politischen Oppositionskräfte die Entscheidungen der Regierung, wenn auch mit kritischen Anmerkungen, mitgetragen. Doch gibt es auch Fälle, in denen teils schon etablierte, teils im Entstehen begriffene po-

litische Kräfte eindeutig politischen Nutzen aus diesen Auseinandersetzungen ziehen wollten.

- *Massenmedien.* Die Rolle der Medien als Verbreiter der aktuellen Auseinandersetzungen wird von den Gemeindevertretern kritisiert, weil die Berichterstattung über die örtlichen Konflikte ihrer Meinung nach oft unprofessionell und oberflächlich ist. Es stimmt, dass einige Fälle von der Presse aufgebauscht worden sind, wobei klar zu unterscheiden ist zwischen einer Lokalpresse, die die Lage vor Ort besser kennt, und einer Regionalpresse, deren Berichterstattung allgemeiner ist, und die diese Auseinandersetzungen mit anderen, ähnlich gelagerten Konflikten in Katalonien in Zusammenhang bringt. Es muss auch gesagt werden, dass die Presse den Argumenten der treibenden Kräfte der Proteste wie auch denen der muslimischen Vertreter mehr Platz einräumt als denjenigen der Lokalpolitiker, was der Interpretation Vorschub leistet, es handele sich um eine Konfrontation zweier Parteien (Anwohner gegen Muslime). Damit wird man der Komplexität solcher Auseinandersetzungen aber nicht gerecht.
- *Außenstehende Akteure.* Man darf nicht vergessen zu erwähnen, dass es noch andere Akteure gibt, die von außen in die Auseinandersetzungen eingreifen, und zwar sowohl aus dem politischen Bereich, von der Führungsspitze derjenigen Parteien, die den Bürgermeister stellen, bis hin zu den Reaktionen anderer lokaler politischer Kräfte als auch aus den Verwaltungen auf nationaler, regionalautonomer oder lokaler Ebene sowie aus verschiedenen Vereinen (aus dem kulturellen oder sozialen Bereich oder als Unterstützer von Zuwanderungsgruppen). Nicht zu vergessen sind auch Experten und Intellektuelle, die die Medien von Zeit zu Zeit mit ihren Ansichten versorgen, die manchmal zum Ausbruch erneuter Auseinandersetzungen führen. Dadurch wird die Lösung der Konflikte erschwert.

In einer strukturellen Untersuchung der Auseinandersetzungen lassen sich vier Momente festhalten, von denen aus sich die soziale Dynamik wie auch die Strategien erklären lassen, die die verschiedenen betroffenen Akteure anwenden.

In einer *Vorlaufphase* zeigen die verschiedenen untersuchten Konflikte einen starken Bezug zum schon bestehenden sozialen und migratorischen Kontext im Stadtteil. Nach Meinung vieler Akteure ist die Zuwanderungsfrage teils mitverantwortlich für neue soziale Probleme im Stadtteil, die zu den schon bestehenden hinzukom-

men. Das Unbehagen in der Nachbarschaft wird damit erklärt, dass die Anwesenheit von Immigranten möglicherweise zu Problemen führen kann. In diesem Feld, das manche Akteure ohne zu zögern als von sozialen Spannungen geprägt bezeichnen, kann ein einzelner konkreter Vorfall (sei es ein Streit zwischen Jugendlichen, ein tätlicher Angriff oder ein Diebstahl) zum *Zündfunken* für die ersten öffentlichen Proteste werden. In letzter Zeit reicht oft schon der Plan für die Eröffnung einer muslimischen Gebetsstätte als Hauptargument für eine Bürgerbewegung, die sich gegen die Präsenz der Immigranten wendet. Die Ablehnung der Nachbarschaft geht der Umsetzung dieses Projektes voraus, und schon die Nachricht, dass eine Gruppe von Zuwanderern auf der Suche nach einem Objekt im Stadtteil ist, dient als Auslöser für Spekulationen und Gerüchte. Diese Mobilisierung führt zu zwei Ergebnissen: Einerseits sorgt der soziale Druck immer wieder dafür, dass auf die geplante Eröffnung solcher Gebetsstätten verzichtet wird. Andererseits führt die Ausweitung dieser Bewegung zu einer Art Domino-Effekt, mit der Folge, dass die muslimische Präsenz auch in anderen Orten stärker wahrgenommen wird.

In der auf die Nachbarschaftsproteste folgenden *Entwicklungsphase* des Konfliktes, die von den Bürgerprotesten ausgeht, tragen die verschiedenen Akteure ihre Argumente und Strategien vor. Die Proteste beschränken sich normalerweise auf den Stadtteil, in dem die Eröffnung der Gebetsstätte geplant ist. Doch kann der Protest auch auf andere Viertel übergreifen, wenn Gerüchte in Umlauf geraten, dass dort nach möglichen alternativen Standorten gesucht wird. Die Hauptargumente für diese Mobilisierungen weisen wieder auf die bereits bestehende soziale Problematik im Stadtteil hin, die sich durch die Eröffnung einer Moschee noch verschärfen könnte. Von den Protestbewegungen werden häufig drei Gründe gegen eine Eröffnung angeführt: erstens die Lärmbelästigung für die Nachbarn, zweitens die Abwertung des Stadtteils (Wertverlust der Immobilien) durch die Eröffnung solcher Einrichtungen im Stadtteil und drittens, dass diese als Anziehungspunkt für neue muslimische Anwohner dienen könnten (Übernahme des öffentlichen Raums). Obwohl diese Argumente höchst fragwürdig sind, erfüllen sie ihre Funktion, wenn die dem Projekt negativ gegenüber stehenden Akteure damit ihre Gerüchteküche anheizen.

Die Strategien, die bei diesen Protesten angewendet werden, sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von der formellen Beschwerde

bei der Stadtverwaltung durch Eingaben an den Bürgermeister über Unterschriftensammlungen (mit Erklärungen, dass es sich nicht um eine rassistische Reaktion handele, sondern ausschließlich eine Antwort sei auf die – zuvor aufgezeigten – Beeinträchtigungen, die ein solches Zentrum in der Nachbarschaft hervorrufen würde), Flugblätter ohne Unterschrift und mit eindeutig fremdenfeindlichen Parolen, das Anbringen von Plakaten und Aufrufen (auf denen zum Teil ein direkter Zusammenhang zwischen muslimischer Gebetsstätte und Drogenhandel hergestellt wird), den Rückgriff auf die Medien (in denen die aktuelle Situation dargestellt wird), die Schaffung von Bürgerplattformen bis hin zur Organisation von Demonstrationen und Versammlungen mit der Forderung nach Schließung der Einrichtung bzw. Aufgabe des Projektes, eine Einrichtung zu eröffnen. Diese Strategien richten sich alle auf die örtliche Verwaltung und nicht so sehr auf diejenigen, die sich für die Schaffung der Gebetsstätten einsetzen, obwohl diese dadurch auch unter starken Druck gesetzt werden. Der Protest wird personalisiert, indem nicht nur die Stadtverwaltung sondern konkret der Bürgermeister selber explizit dazu gebracht werden soll, keine Erlaubnis für die Eröffnung dieser Zentren zu erteilen. Die Anwohner legen bei ihren Beschwerden meistens keine Alternativvorschläge zur Eröffnung einer Moschee am Ort vor; es geht ihnen einzig und allein um die Schließung des Zentrums bzw. die Rücknahme des ursprünglichen Projektes.

Aus der Sicht der treibenden Kräfte hinter diesen Bewegungen bedeuten beide Wege eine *Lösung des bestehenden Konfliktes*. Für die muslimischen Kollektive würde dies jedoch bedeuten, dass sie weiterhin auf einen geeigneten Ort zur gemeinsamen Ausübung ihrer Religion verzichten müssten. Was für die einen augenscheinlich eine Beilegung des Konfliktes ist, bedeutet für die anderen eine Verschärfung. Der Ausgang vieler der untersuchten Auseinandersetzungen ist heute noch offen, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen bzw. nur provisorische Lösungen gefunden worden sind. Es ist deshalb schwierig sich vorzustellen, wie eine dauerhafte Lösung aussehen könnte. Für den Augenblick bieten sich drei vorläufige Schlussfolgerungen an, die weiterhin genau im Auge behalten werden sollten:

- Erstens muss festgestellt werden, dass in mehr als einem Fall der Druck der Anwohner dazu geführt hat, schon getroffene politische Entscheidungen zu revidieren, in denen nach Alternativen

für das von den muslimischen Gruppen benannte Projekt gesucht wurde; und Versuche, andere Standorte für diese Gebetsstätten zu finden, sind auf genau so große Proteste gestoßen. Deshalb sehen sich die Stadtverwaltungen dazu gezwungen, alternative Standorte in Industriegebieten oder weit außerhalb vorzuschlagen. Die räumliche und symbolische Verdrängung der muslimischen Gebetsstätten, die diese Alternativen mit sich bringen, ist ebenso unübersehbar wie ihre Auswirkungen auf die Teilnahme dieser Gruppen am öffentlichen Leben in der Gemeinde.

- Zweitens, und in Folge der oben geschilderten Abläufe, begreifen die politischen Kräfte, dass die anstehenden Verhandlungen große Schwierigkeiten mit sich bringen und einem Drahtseilakt gleichen. Sie müssen auf die neuen Gegebenheiten eingehen und, anstatt großartige ideologische Erklärungen abzugeben, zu umsetzungsfähigen Entscheidungen gelangen. Es zeigt sich, dass in der Lokalpolitik noch keine tiefer greifenden Überlegungen bezüglich der Problematik angestellt worden sind. Es wäre wichtig, zu Initiativen aufzurufen, die die religiöse Vielfalt stärken und den eindeutigen Willen aussprechen, diese Vielfalt anzuerkennen und zu fördern.
- Drittens entsteht in den muslimischen Gemeinden angesichts der negativen Reaktionen der Bevölkerung und des wankelmütigen Verhaltens der politisch Verantwortlichen vor Ort ein Gefühl des Misstrauens und der Frustration. Es eröffnen sich ihnen zwei mögliche Wege: Einerseits können sie die nichtmuslimischen Kreise von der sozialen Funktion der muslimischen Zentren überzeugen (eine schwierige Aufgabe, die es zunächst erfordert, einen Wandel in der Ausrichtung dieser Zentren selbst zustande zu bringen, die sich ja in erster Linie auf ihre eigene Gemeinde beziehen, die dann aber die Gesprächsbereitschaft der anderen erfordert), andererseits können sie aber auch einen Prozess des Rückzugs der Gemeinde einleiten. Dies bedeutet eine Isolierung vom sozialen Umfeld, in dem sie angesiedelt sind; dabei fänden sie innerhalb der eigenen Gemeinschaft den überlebenswichtigen Rückhalt und könnten sich von jedweder gesellschaftlichen Partizipation zurückziehen.

#### 4. Das islamische Kopftuch in öffentlichen Schulen

In den öffentlichen Schulen Kataloniens ist die Anwesenheit von Schülerinnen maghrebinischen Ursprungs, die ein Kopftuch tragen, zwar feststellbar, doch bis heute ist es deswegen noch zu keiner öffentlichen Auseinandersetzung gekommen. Diesen Schluss scheinen die katalanischen Verantwortlichen für den Bildungsbereich zu ziehen, die keine nennenswerten Konflikte wegen des Gebrauchs dieses Kleidungsstückes an den weiterführenden Schulen festgestellt haben. Die Interpretation, die die Lehrer an diesen Schulen liefern, ist vielschichtiger. Hier geht es darum, wie der Begriff ‚konfliktfrei‘ in diesem Zusammenhang zu definieren ist: Auf der Ebene der Schulverwaltung wird davon ausgegangen, dass das Tragen des Kopftuchs keinen Einfluss auf den Schulbesuch dieser Schülerinnen hat (in Katalonien besteht Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr). Von Seiten der Schulen wird jedoch argumentiert, dass dies zwar auf die tägliche Unterrichtspraxis keinen Einfluss habe, jedoch einhergehe mit anderen Verhaltensweisen, die sehr wohl zu gewissen Störungen im Schulbetrieb führen, wie z. B. der Weigerung, am Turn- oder Schwimmunterricht teilzunehmen, oder dem Verlassen der Schule vor Ablauf der Schulpflicht.

Beide Sichtweisen stimmen aber darin überein, dass die möglichen Auseinandersetzungen in Bezug auf diesen Brauch nicht über den schulischen Bereich hinausgegangen und damit auch nicht zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden sind. Hinter diesen Ausführungen steht der gemeinsame Wunsch, die Institution Schule vor dem zunehmenden Druck der öffentlichen Meinung und anderer sozialer Akteure zu schützen, die die Schule für die Sozialisation der jungen Generation, und hier vor allem der Zuwanderer, in die Pflicht nehmen wollen.

Das öffentliche Interesse in Bezug auf das Tragen von Kopftüchern an den Schulen entsteht in Katalonien eher indirekt und außerhalb des schulischen Bereichs. Wir können nur über wenige Fälle berichten, wo dieses Thema Gegenstand von Presseberichten wurde.<sup>8</sup> Dabei handelte es sich ausschließlich um von außen ‚importier-

---

<sup>8</sup> Die katalanischen Medien haben allerdings über mehrere Fälle berichtet, in denen es um den Schulbesuch und die Erziehungspraktiken in Bezug auf die junge Generation maghrebinischen Ursprungs ging: Die Weigerung eines Vaters, seine Töchter am Turn- und Musikunterricht teilnehmen zu lassen (Oktober-Dezember 1997), die

te' Geschehnisse, die dazu Anlass gaben, sich über die Situation in Katalonien Gedanken zu machen. So geschehen schon 1989, als in Frankreich die ersten Auseinandersetzungen über das Tragen des Kopftuchs aufkamen und die Presse dies ausnutzte, um Überlegungen über die entsprechende Lage in Katalonien anzustellen. Der letzte Fall, dem die Presse großes Interesse entgegenbrachte, ereignete sich im Jahr 2002, als eine konfessionelle, mit öffentlichen Geldern geförderte Privatschule in dem Ort San Lorenzo del Escorial bei Madrid sich weigerte, eine 13jährige Schülerin marokkanischen Ursprungs einzuschulen, die ihr Kopftuch nicht ablegen wollte.

Diese Auseinandersetzung hat zweifellos das in den letzten Jahren größte mediale Interesse in Bezug auf das Kopftuch ausgelöst. Nachdem diese Schule sich trotz Anweisung der Schulbehörde geweigert hatte, das Mädchen einzuschulen, wurde es an eine öffentliche Schule geschickt, deren Direktorin sich anfangs auch weigerte, sie einzuschulen, wenn sie das Kopftuch weiterhin tragen würde. Die Auseinandersetzung gelangte auf eine politische Ebene, als die Bildungsministerin und der Arbeitsminister drastische Stellungnahmen abgaben: Die Ministerin schlug die Möglichkeit vor, ein Gesetz zu verabschieden, das solche Fälle verhindern sollte, während der Arbeitsminister das Tragen des Kopftuchs mit der Klitorisbeschneidung auf eine Stufe stellte. Die Antworten ließen nicht auf sich warten: Oppositionsparteien, Gewerkschaften, islamische Verbände und Zuwandererorganisationen kritisierten, dass die politisch Verantwortlichen schon nach der ersten Weigerung der konfessionellen Schule nachgegeben hätten. Die Auseinandersetzung wurde zu einem Vergleich öffentlicher und privater Schulen und deren Verantwortung für die Einschulung von zugewanderten Schülern stilisiert. Eine der Zuwandererorganisationen, der Verband zugewanderter marokkanischer Arbeiter in Spanien (*Asociación de Trabajadores Inmigrantes Marroquíes en España, Atime*), griff in diesen Fall sehr aktiv ein und stand voll und ganz hinter der Schülerin und ihrer Familie. Sein Ansehen, und vor allem das seines Präsidenten, ging aus diesem Konflikt deutlich gestärkt hervor. Der für die Medien

---

Beschwerde wegen Zahlung der Mitgift für eine junge Marokkanerin (April 1998), Beschwerden der Lehrer, weil die jungen Maghrebinnen so früh die Schule verlassen (März 2000), die Weigerung eines Vaters, seine fünf Kinder alle auf eine private, mit öffentlichen Geldern geförderte Schule zu schicken, weil es dort katholische Symbole gab (Februar 2002), sind einige der herausragenden Fälle.

herausragende Augenblick war, als die Schülerin, begleitet von ihren Eltern und Vertretern von Atime und umringt von Journalisten, an der Schule ankam. Schließlich verpflichtete die oberste Schulbehörde der Region Madrid die Schule dazu, die Schülerin mit Kopftuch aufzunehmen, da ihr Recht auf Schulbesuch Vorrang haben müsse. In den Leitartikeln der verschiedenen Medien wurde die Debatte noch fortgesetzt und in deren Verlauf wurden verschiedene Argumente vorgetragen, die sich auf so unterschiedliche Aspekte bezogen wie Toleranz, Sexismus, Multikulturalität und Gleichheit vor dem Gesetz.

Die Auseinandersetzung in Madrid führte in Katalonien zur Verstärkung der Auffassung, dass das Recht auf Schulbesuch für diese Schülerinnen auf jeden Fall Vorrang haben müsse. Diese Meinung wurde sowohl von den befragten Schulbehörden als auch von den Lehrern geteilt,<sup>9</sup> und hier sogar von den konfessionellen, mit öffentlichen Geldern geförderten Schulen.<sup>10</sup> Auch die Leitartikel der verschiedenen Medien und Erklärungen von Gewerkschaftsorganisationen und antirassistischen Vereinen schlossen sich dem an.<sup>11</sup> In jedem Fall wurde der Bezug auf diese externe Auseinandersetzung zu einem guten Gradmesser dafür, wie ein ähnlich gelagerter Konflikt auf katalanischem Gebiet diskutiert und ausgetragen werden könnte.

#### 4.1. Vorläufige Überlegungen angesichts (anscheinend) nicht hinterfragter Praktiken

Es besteht eine Diskrepanz zwischen dem Erkenntnisstand über den Diskurs, der das Tragen von Kopftüchern an den Schulen betrifft, und dem Erkenntnisstand über die Motivationen der Jugendlichen, die diesen Brauch ausüben. Während wir schon erste Interpretatio-

---

<sup>9</sup> *El Periódico* vom 19. Februar 2002; *La Vanguardia* vom 20. Februar 2002.

<sup>10</sup> *El Punt* vom 20. Februar 2002.

<sup>11</sup> Es muss auf eine Stellungnahme des Vereins SOS Racismo in Katalonien mit dem Titel „Erziehung und Religion“ hingewiesen werden, die er in seiner Broschüre *Colors* vom April 2002 veröffentlichte. Dort geht es um den Meinungsstreit über das Kopftuch und es wird auf vier grundlegende Aspekte verwiesen: das Recht auf Bildung, den Grundsatz der persönlichen Religionswahl und, im Rahmen der Glaubensfreiheit, die Erkenntnis, dass die eigene Identitätsfindung in Freiheit und im Dialog als Schlüssel für ein Zusammenleben stattfinden muss.

nen dieses Diskurses ausarbeiten, können wir in Hinblick auf den Brauch nur Arbeitshypothesen aufstellen. Ich kenne in der spanischen Literatur über den Schulbesuch von Schülerinnen maghrebischen Ursprungs keine Untersuchung, die sich explizit mit dem Tragen des Kopftuchs an den Schulen befasst. Es werden andere Themen bearbeitet, die sich auch auf den Schulbesuch beziehen, doch geht es dabei eher um die Fähigkeit des Bildungssystems und der Lehrenden, diese neue Schülerschaft positiv aufzunehmen. Zwei neue Untersuchungen analysieren das familiäre und soziale Umfeld, das den Schulbesuch prägt (Cot 2002; Fullana/Besalu/Vila 2003), und beziehen sich indirekt auf die junge Generation. Es gibt keine Gegenüberstellung der Erwartungen, die von den an diesem Prozess beteiligten sozialen Einrichtungen (vor allem Schulen und ihr Umfeld) wie auch von den Zuwandererfamilien formuliert werden, und den Anliegen der jungen Generation. Zwei weitere Untersuchungen, die das Freizeitverhalten dieser Generation zum Thema haben (Alegre/Herrera 2000; Gómez Granell/Martínez/González 2003), nehmen kaum Bezug auf deren Kleidungsgewohnheiten. Dies lässt den Schluss zu, dass sich die spanischen Wissenschaftler angesichts einer anscheinend als unproblematisch definierten (und so empfundenen) Praxis im schulischen Bereich der Untersuchung anderer Themenbereiche zugewandt haben, deren *Problematik augenscheinlicher* ist.

Das Fehlen von Analysen im schulischen Bereich steht im Widerspruch zu der Bedeutung, die das Tragen des Kopftuchs in Untersuchungen über zugewanderte marokkanische Frauen einnimmt. Dieser Brauch wird als Gradmesser für ihre Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes herangezogen. So soll die zunehmende Eingliederung mit der Abkehr von solchen Bräuchen einhergehen, die die Abhängigkeit von der männlichen Vorherrschaft hervorheben. Die hier zugrunde liegende Auffassung verbindet den Begriff der Emigration mit einer kulturellen und religiösen Emanzipation; sie ist allerdings im Fall der Zuwanderinnen maghrebischen Ursprungs von verschiedenen Wissenschaftlerinnen bereits hinlänglich relativiert worden (Ramírez 1995; Samper 2003). Aus juristischer Sicht hat das Tragen des Kopftuchs bis heute keine Debatte ausgelöst; so hat die spanische Verwaltung der Forderung der Islamischen Kommission für Spanien stattgegeben, in den Ausweispapieren muslimischer Frauen eine Fotografie mit dem *Hijab* zuzulassen (Moreno Botella 2001, 197f). Dagegen wird in letzter Zeit bei der Ar-

beits- oder Wohnungssuche das Tragen des Kopftuchs häufiger zum Anlass für ethnische und religiöse Diskriminierung von Immigrantinnen (Dietz 2000; Dietz/El Shohoumi 2000).

Im Folgenden werde ich auf die Stellungnahmen zum Tragen des Kopftuchs von denjenigen eingehen, die in den betreffenden schulischen Einrichtungen arbeiten. Alle Schulen und Lehrerkollegien haben eigene Vorstellungen dazu entwickelt, ob und wie dieser Brauch in den schulischen Alltag integriert werden kann. Es handelt sich dabei um recht unterschiedliche, teilweise unvollständige oder im Entstehen begriffene Ausführungen, die sich gegenseitig ergänzen und nicht einem bestimmten Leitgedanken folgen. Sie müssen als Reaktion auf eine vorausgeahnte Störung der Bildungsarbeit der Schule interpretiert werden, vor allem bezüglich der Erwartungen, die die Schule an die Schüler richtet, und der Beziehung, die die Familien dieser Schüler mit der Schule halten müssen. Offen bleibt die Untersuchung der Beziehung zwischen der Formulierung dieser Vorstellungen und ihrer praktischen Umsetzung, d. h. die Entscheidung der Schulleitungen bezüglich dieser Kleidungsgewohnheit. In der Tabelle auf der folgenden Seite sind die häufig formulierten Aussagen und Argumente der befragten Lehrer aufgeführt.

Die Vorstellungen, die aus den Schulen heraus formuliert worden sind, weisen große Unterschiede auf, was logisch ist angesichts der unterschiedlichen sozialen Kontexte und Situationen, in denen sich die erzieherische Praxis vollzieht. Möglicherweise haben diejenigen Einrichtungen, in denen der Prozentsatz ausländischer Schüler hoch ist, eine weitergehende Reflexion angestellt als diejenigen, die das Thema aus einer gewissen Distanz beobachten. Diese Reflexion ist jedoch offenbar noch nicht abgeschlossen; vielmehr steht sie in beständigem Gedankenaustausch mit dem sich wandelnden sozialen Umfeld.

Hinter diesen Aussagen und Argumenten stehen, eher explizit als implizit, Bezüge zu solchen Themen wie der Wertschätzung kultureller Vielfalt, einer nichtsexistischen Erziehung und der Werte der Demokratie, alles Werte, die, wenn auch mit deutlichen Unterschieden, Eingang in das pädagogische Selbstverständnis dieser Einrichtungen gefunden haben. Aus Sicht der Lehrer scheint das Thema ‚Kopftuch‘ diesen Wertekatalog ernsthaft in Frage zu stellen. Doch gleichzeitig dient es dazu, den im Bereich der Schule etablierten Diskussionen neuen Ausdruck zu verleihen, also z. B. der Diskussion über die Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten

Aussagen	Betonung auf:	Argumente
<i>„Wir haben ein Problem, weil dies der schulischen Integration dieser Jugendlichen entgegensteht.“</i>	SCHULISCHE INTEGRATION	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Betont die Unterschiede und führt zur Ausgrenzung der Jugendlichen.</li> <li>- Begleitet wird sie durch andere Haltungen, wie z.B. die Nichtteilnahme am Turn- und Schwimmunterricht.</li> </ul>
<i>„Das Tragen eines Kopftuchs kann mit anderen Bekleidungsgehnheiten (Mode) und Körperschmuck (Piercings) verglichen werden.“</i>	SELBSTVERSTÄNDNIS DER SCHÜLER	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Es handelt sich um einen Brauch, der eingebettet ist in die Identitätsfindung der Jugendlichen.</li> <li>- Ein Verbot des Kopftuches müsste ein Verbot vergleichbarer Praktiken nach sich ziehen.</li> </ul>
<i>„Es gefällt uns zwar nicht, aber wir wissen nicht, ob und wie wir einschreiten sollen, da wir Angst vor möglichen Folgen haben.“</i>	INSTITUTIONELLE ANTWORTEN	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Kopftuch bereitet uns ethische Probleme, die über die Akzeptierung der kulturellen Vielfalt hinausgehen, doch verfügen wir nicht über Leitlinien, um in einer bestimmten Richtung zu reagieren.</li> <li>- Wir fürchten, eine ablehnende Reaktion könnte ein Problem schaffen, dass bisher noch nicht aufgetreten ist.</li> </ul>
<i>„Man muss diese Praxis im breiteren Rahmen der Akzeptanz kultureller Vielfalt in der Schule respektieren.“</i>	AKZEPTANZ DER KULTURELLEN VIELFALT	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Schule soll die kulturellen Beiträge ihrer Schüler nicht unterdrücken, sondern vielmehr als Bereicherung in das tägliche Geschehen einbinden.</li> <li>- Das Tragen des Kopftuchs ist Ausdruck der Fortsetzung religiöser Gewohnheiten im Zuwanderungsbereich.</li> </ul>
<i>„Es handelt sich um eine stark religiös geprägte Praxis und sollte in der Schule als einem nichtkonfessionellen Raum nicht vorhanden sein.“</i>	LAIZISMUS DER SCHULE	<ul style="list-style-type: none"> <li>- An den Schulen sollte es keinerlei Symbole oder Praktiken geben, die einer bestimmten religiösen Tradition zuzuordnen sind.</li> <li>- Der Laizismus ist fundamentaler Bestandteil der öffentlichen katalanischen Schulen.</li> </ul>
<i>„Das Kopftuch ist Zeichen für die weibliche Unterwerfung unter die männliche und patriarchalische Gewalt, die in diesen Gemeinschaften immer noch vorherrscht.“</i>	ÜBERWINDUNG DES SEXISMUS	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Tragen des Kopftuchs ist den Frauen von Männern/Vätern auferlegt und kann in einer demokratischen Gesellschaft nicht akzeptiert werden.</li> <li>- Dies zu akzeptieren widerspräche den Ansätzen für eine Koedukation, die an den katalanischen Schulen für eine nicht-sexistische Erziehung entwickelt worden sind.</li> </ul>

Quelle: Eigene Ausarbeitung auf der Grundlage meines Fortbildungsprogramms „Islam und lokaler Raum“ (März 2001 bis Dezember 2002)

Schulen, oder der Trennung von Kirche und Staat im Bereich der schulischen Einrichtungen. Es steht jedenfalls fest, dass die Überlegungen zum Tragen des Kopftuchs eine Gelegenheit bieten, die eine oder andere anstehende Diskussion zu führen.

## 5. Schlussfolgerungen

Unabhängig davon, ob sie bereits eingetreten sind oder in Zukunft eintreten könnten, scheint die Existenz von Konflikten bei der Etablierung der Präsenz des Islam in Spanien und Katalonien die von der Gesellschaft vorweggenommenen Befürchtungen zu bestätigen, denen zufolge eine solche Präsenz verschiedene problematische Aspekte aufweist. In Wirklichkeit, und unter vollständiger Umkehrung dieses Gedankenganges, zeigen uns sowohl die Auseinandersetzungen um die Errichtung von Moscheen als auch jene um das Kopftuchtragen in den Schulen eindeutig, dass es die spanische und katalanische Gesellschaft ist, die auf diese neue Gegebenheit im öffentlichen Raum problematisch reagiert. Genauso wie üblicherweise behauptet wird, haben wir es hier in der Tat mit einem Integrationsproblem zu tun. Aber es entsteht in diesem Falle aus der Nichterfüllung der Verpflichtung einer Seite, nämlich der aufnehmenden Gesellschaft, die diesen Gemeinschaften nicht einmal ihr Recht auf freie Religionsausübung garantiert.

Die Alarmzeichen, die diese Auseinandersetzungen ausgelöst haben, sind ein Hinweis auf eine Krise im Modell der Aufnahme von Zuwanderern in Spanien, und hier speziell in Katalonien. In weniger als einem Jahrzehnt ist die Zuwanderung von einem vorübergehenden zu einem strukturellen Faktor geworden, so dass wir heute vor einer sich zuspitzenden Krisensituation stehen. Wir erinnern uns noch an eine lange Kindheit als Auswandererland und sind heute, nach einer kurzen Jugendzeit als Zuwanderungsgesellschaft, als multikulturelle Gesellschaft erwachsen geworden. Das Eingeständnis, dass diese Präsenz von Dauer ist, die Eingliederung der kulturellen und religiösen Ausdrucksformen und die Unausweichlichkeit von Konflikten, die aus Missverständnissen im vielfältigen Zusammenleben entstehen, all dies lässt sich nicht mehr als ein hypothetisches Zukunftspanorama beschreiben, sondern ist alltägliche Realität.

Ob man sich diesen Herausforderungen stellen können wird, hängt zu einem guten Teil davon ab, welche Wahrnehmungen des Konfliktes sich ausbilden und welche Möglichkeiten zu dessen Überwindung vorgeschlagen werden. Das Prinzip der Konfliktvermeidung, d. h. das Verweisen des Konfliktes in den privaten Rahmen, um ihn aus dem öffentlichen Raum herauszuhalten, ist nicht die beste Herangehensweise. Diesem Konflikt wohnt auch eine Kraft der Umgestaltung inne und er lässt uns die Machtasymmetrien der Gesellschaft erkennen. Unter Nutzung dieser Aspekte als Grundlage lassen sich antizipative (nicht einfach präventive) Vorschläge zur Konfliktlösung machen. Letztendlich sind die Konflikte wie ein Spiegel, in dem sich die Gesellschaft wiedererkennt, und möglicherweise gefällt ihr dieses Bild nicht. Aber die Konflikte sind untrennbar mit ihrer täglichen Realität verbunden; deshalb ist es besser, sich darauf einzulassen als sie systematisch zu leugnen.

## Literatur

- Agrela, Belén (2002): De fundamentalismos institucionales y discursos culturalistas: la construcción de otredades en la política de inmigración española, in: F. Javier García Castaño/Carolina Muriel (eds.): La inmigración en España. Contextos y alternativas. Actas del 3er. Congreso de inmigración en España. Granada: Universidad de Granada-Laboratorio de Estudios Interculturales, pp. 407–420.
- Alegre Canosa/Miguel Àngel/Herrero Aragón, Diego (2000): Escola, oci i joves d'origen magribí. (Materials de joventut, nº 14) Barcelona: Diputació de Barcelona.
- Orizo Francisco Andrés/Roqué, Maria-Àngels (2001): Els catalans a l'Enquesta Europea de Valors. Catalunya 2001. Barcelona: Proa.
- Cot, Coral (2002): Famílies marroquines i educació dels seus fills al Baix Empordà. La Bisbal d'Empordà: Ajuntament de La Bisbal d'Empordà.
- Dietz, Gunther (2000): Discrimination of Muslim Women in Spain, in: Blaschke, Jochen (ed.): Multi-level discrimination of Muslim Women in Europe. Berlin: Parabolis, pp. 341–520.
- Dietz, Gunther/El-Shohoumi, Nadia (2000): 'Door to door with our Muslim sisters': intercultural and interreligious conflicts in Granada, Spain. *Studi Emigrazione/Migration Studies*, 39, 145, pp. 77–106.
- FIMAM (Foro de Investigadores sobre Mundo Árabe e Islam)(2002): ¿Sospechosos habituales? La estigmatización de la figura de los musulmanes en España, in: SOS Racismo, Informe anual 2002 sobre el racismo en el Estado español. Barcelona: Icaria Editorial, pp. 244–252.
- Fullana, Judit/Besalú, Xavier/Vilà, Montserrat (2003): Alumnes d'origen africà a l'escola. Girona: CCG Editors.

- Gil, Sandra (2002): Políticas públicas como tecnologías de gobierno. Las políticas de inmigrantes y las figuras de la inmigración, in: Mariano Aguirre / Claudia Clavijo (eds.): Estado de bienestar y políticas sociales en España. Las migraciones. Informe 2002. Madrid: Fundación Hogar del Empleado, pp. 147–190.
- Gómez Granell, Carme/Martínez, Roger/González, Isaac (2003): Joves i lleure al Casc Antic de Barcelona. (Col.lecció monogràfica, nº 4) Barcelona: Institut d'Infància i Món Urbà.
- Moreno Botella, Gloria (2001): Libertad religiosa y neutralidad escolar. A propósito del crucifijo y otros símbolos de carácter confesional. *Revista Española de Derecho Canónico*, 58, pp. 173–218.
- Moreras, Jordi (1999): Musulmanes en Barcelona: espacios y dinámicas comunitarias. Barcelona: Cidob Edicions.
- Moreras, Jordi (2002): Limits and contradictions in the legal recognition of Muslims in Spain, in: W. Shadi/P. S. von Koningsveld (eds.): Religious Freedom and the Neutrality of the State: The Position of Islam in the European Union. Leiden: Peeters, pp. 54–62.
- Moreras, Jordi (2003): Aportaciones a la gestión de la diversidad. El caso de la presencia musulmana en la provincia de Barcelona. Barcelona: Consorcio de Recursos para la Integración de la Diversidad-Diputació de Barcelona.
- Ramírez, Ángeles (1995): Las inmigrantes marroquíes en España. Emigración y emancipación, in: Gema Martín Muñoz (comp.): Mujeres, democracia y desarrollo en el Magreb. Madrid: Editorial Pablo Iglesias, pp. 143–155.
- Samper, Sarai (2003): Procesos de transformación de las creencias religiosas entre las mujeres inmigrantes marroquíes en España. *Migraciones*, 13, pp. 107–135.

*Der Autor:*

Jordi Moreras

Departament d'Antropologia, Social i Prehistòria

Facultat de Filosofia i Lletres

Edifici B.

08192 Bellaterra/Barcelona

Spain

E-Mail: [jmoreras@gencat.net](mailto:jmoreras@gencat.net)

**Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG),  
5. Jg., Heft 2/2003**

**Journal of Conflict and Violence Research,  
Vol. 5, 2/2003**

*Herausgeber:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Otto Backes, Heiner Bielefeldt, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Filiz Kutluer, Jürgen Mansel, Jana Klemm).

*Wissenschaftlicher Beirat:*

Jens Dangschat (Wien); Manuel Eisner (Cambridge); Hartmut Esser (Mannheim); Friedrich Heckmann (Bamberg); Hans-Gerd Jaschke (Berlin); Wolfgang Kühnel (Berlin); Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen); Amélie Mummendey (Jena); Gertrud Nunner-Winkler (München); Karl F. Schumann (Bremen); Helmut Thome (Halle); Michael Vester (Hannover); Peter Waldmann (Augsburg).

*Redaktion:*

Heiner Bielefeldt (Berlin); Wilhelm Heitmeyer; Peter Imbusch; Kurt Saltentin; Peter Sitzer; Gisela Wiebke; Stefanie Würzt (Trier).

*Cover:*

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld.

*Gesamtherstellung:*

Druckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

*Aboverwaltung/Rechnungswesen:*

Sabine Passon, Tel.: 0521/106-3163

*Anschrift der Redaktion:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3165; Fax: 0521/106-6415; E-Mail: [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de)

*Erscheinungsweise:*

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober).

*Bezugsbedingungen:*

Jahresabonnement: € 20 (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: € 15); Einzelhefte: € 12,50 (ermäßigt € 7,50). Preise jeweils zzgl. Versandkosten. Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel (ISSN 1438-9444).

Das „Journal für Konflikt- und Gewaltforschung“ wird für folgende Referateorgane ausgewertet: SOLIS, Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Worldwide Political Science Abstracts und Linguistics and Language Behavior Abstracts.

**Themenschwerpunkt: Konflikte um religiöse Symbole**

*Stefano Allievi*

Konflikte um islamische Symbole in Europa

**6**

*Jonas Otterbeck*

The Legal Status of Islamic Minorities in Sweden

**32**

*Jordi Moreras*

„Die katholischen Könige sollen zurückkehren!“  
Die Konflikte um die muslimische Präsenz in Katalonien

**52**

*Jörg Hüttermann*

Der Konflikt um islamische Symbole zwischen lebensweltlich sedimentiertem Gastrecht und formalem Recht: Eine fallgestützte Analyse

**74**

**Analysen**

*Klaus Dörre*

Rechte Orientierungen in der Arbeitswelt: Marktsteuerung als Ursache des neuen Rechtspopulismus?

**103**

*Pénélope Larzillière*

Palästinensische „Märtyrer“: eine vergleichende Analyse über Selbstmordattentäter

**121**

**Essay**

*Karl-Heinz Meier-Braun*

Zuwanderungspolitik. Von einer Geschichte, die nicht zu Ende gehen wollte

**143**

**Summaries**

**157**